

Baden-Württemberg unterstützt Kommunen im Ringen um neues Kreislaufwirtschaftsgesetz

Untersteller schreibt Röttgen / Kommunale loben den grünen Umweltminister

Der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller hat sich in einem Schreiben an Bundesumweltminister Norbert Röttgen kritisch über die künftige Ausgestaltung der Wertstofffassung geäußert und dabei das Vorgehen des Bundes kritisiert. Untersteller zeigt sich besorgt um die künftige Balance von kommunaler Daseinsvorsorge und privatwirtschaftlicher Betätigung in der Abfallwirtschaft und befürchtet eine falsche Weichenstellung durch den Bund. „Die Zeit der Privatisierungseuphorie sollte vorbei sein“.

Die Einführung einer umfassenden Wertstofffassung sei ökologisch richtig, so Untersteller. Sie könne aber nur dann Akzeptanz finden, wenn die kommunale Abfallwirtschaft das vorrangige Zugriffsrecht auf die Wertstoffe erhalte. Untersteller fordert Röttgen auf, die Überlegungen über die künftige Regelung der Wertstofffassung und -verwertung auszuweiten und auch ein rein kommunales System einzubeziehen.

Untersteller wendet sich dagegen, die Wertstoffverwertung nur unter rein europarechtlichen Gesichtspunkten wie die Warenverkehrsfreiheit zu betrachten. Dies könnte dazu führen, dass die Kommunen entweder komplett ausgegrenzt würden oder aber den Abfall zwar sammeln müssten, private Unternehmen jedoch die lukrativen Wertstoffe verwerteten und verkaufen dürften. Die Liberalisierung der gewerblichen Sammlung stelle die öffentlich-rechtlichen Entsorger in einen ungleichen Wettbewerb mit der Privatwirtschaft, obwohl sie mit der Entsorgung Kernaufgaben der Daseinsvorsorge erfüllten.

Kommunen würden für die ökologisch vorteilhafte Getrennsammlung geradezu bestraft, heißt es in Unterstellers Brief an Röttgen. Wann immer an Wertstoffen etwas zu verdienen sei, hätten private Unternehmen unter dem Siegel der europäischen Warenverkehrsfreiheit den Zugriff. Untersteller sähe in diesem Fall die Kommunen zum „Aschenputtel der Nation“ degradiert. Wenn für sie am Ende nur noch der wertlose Restmüll übrig bleibe, sei außerdem zu befürchten, dass die Müllgebühren flächendeckend steigen.

Das kommunale Modell sei in der Vergangenheit zu Unrecht als überkommener Rekommunalisierungsgedanke gebrandmarkt worden, so Untersteller weiter. Denn es bedeute nicht, dass die Kommunen die Aufgaben selbst operativ übernehmen müssten. Sie könnten aber die Wertstofffassung organisieren und die Ausschreibung für Sortierung und Verwertung in die Hand nehmen. Die private Entsorgungswirtschaft werde hierbei wie bisher im Wege der Ausschrei-

bung wirtschaftlich teilhaben können.

Das Argument des fehlenden Wettbewerbs in der kommunalen Daseinsvorsorge lässt Untersteller nicht gelten. Baden-Württemberg habe im Bereich seiner öffentlichen Strukturen die geringsten Müllgebühren bundesweit und beweise damit, dass die Kommunen die Abfallentsorgung effizient und zu wettbewerbsfähigen Preisen durchführen können.

Baden-Württembergs Landkreistag und Städtetag lobten den Vorstoß Unterstellers. „Selten hat sich ein politisch Verantwortlicher so deutlich und vorbehaltlos zur kommunalen Abfallwirtschaft bekannt wie Minister Untersteller“, sagt Prof. Eberhard Trumpp Hauptgeschäftsführer des Landkreistags. Die Landkreise liefen bereits seit über einem Jahr Sturm gegen die „von der Bundesregierung beabsichtigte Privatisierung bedeutsamer Bereiche der Abfallentsorgung“. Mit der Privatisierungsinitiative der Bundesregierung werde dem im innerdeutschen, aber auch im internationalen Vergleich äußerst erfolgreichen Modell der baden-württembergischen Abfallwirtschaft schlichtweg das Wasser abgegraben, so Trumpp.

Er betont weiter die niedrigen Abfallgebühren in Baden-Württemberg und verweist auf den Spitzenplatz Deutschlands bei den Recyclingquoten in Europa. Vor diesem Hintergrund sei es unerklärlich, weshalb die Bundesregierung die Kommunen aus der Verantwortung für die Erfassung und Verwertung von Wertstoffen mehr oder weniger herausdrängen wolle. Hinzu komme, dass die Privatisierung der Wertstofffassung und -verwertung bei Lichte betrachtet zutiefst mittelstandsfeindlich sei. Die kommunale Abfallwirtschaft arbeite eng mit der mittelständischen Entsorgungswirtschaft zusammen, in dem sie langfristige Verwertungsaufträge und damit Planungs- sowie Investitionssicherheit biete, so Trumpp. Wenn die Wertstofffassung und -verwertung weiter privatisiert würden, profitierten davon allein die großen Entsorgungsunternehmen. Ihnen stünden ganz andere finanzielle Mittel zur Verfügung, um sich am Markt durchzusetzen als den nur regional agierenden mittelständischen Entsorgungsunternehmen.

Neben den Privatisierungstendenzen im Bereich der Wertstoffe sieht Trumpp vergleichbare Tendenzen auch im Bereich der Entsorgung von Geschäftsmüll. Hier sei das baden-württembergische Umweltministerium bislang nur verhalten tätig geworden. Ein Teil der Gewerbeabfälle solle aus den üblichen haushaltsnahen Erfassungssystemen herausgebrochen werden, auf die Gefahr

hin, dass diese Abfälle dann ökologisch problematische Wege gehen. Ein grüner Umweltminister müsse dies unbedingt verhindern.

Untersteller habe Klartext gesprochen, heißt es in einer Reaktion des Städtetags auf das Schreiben an Röttgen. Denn käme das von der Bundesregierung vorbereitete neue Kreislaufwirtschaftsgesetz ohne die vom Bundesrat monierten Änderungen, wäre der Systemwechsel in privatwirtschaftliche Lösungen vorprogrammiert. Die Städte wollten keine bundesweit verordneten Einheitstonnen für Wertstoffe nach privatwirtschaftlichen Spielregeln, so der Städtetag. Stattdessen soll es zu maßgeschneiderten Lösungen vor Ort kommen. Wenn künftig Private bei den Wertstoffen den Rahm abschöpften, bleibe dem Bürger der überraschte Blick auf seinen Gebührenbescheid. □

Landes-VKU erfreut über klare Worte von Minister Untersteller

Es war höchste Zeit, dass ein Spitzenpolitiker dem Privatisierungskurs der Bundesregierung entschieden entgegentritt. Mit diesen Worten reagierte Peter Blank, stellvertretender Vorsitzender der Abfallsparte der baden-württembergischen Landesgruppe des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) auf das Schreiben von Landesumweltminister Untersteller an Bundesumweltminister Röttgen zur Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.

Es könne nicht sein, dass die lukrativen Wertstoffe in die Entsorgungszuständigkeit der privaten Entsorgungsunternehmen wanderten und den Kommunen nur noch die verlustbringende Restmüllentsorgung bleibe, so Blank, der zugleich die Abfallwirtschaft der Stadt Karlsruhe leitet. Die Bundesregierung wisse genau, dass die Bürger mit der kommunalen Abfallwirtschaft zufrieden seien, und wage daher nicht, sich offensiv zu ihren Privatisierungsbestrebungen zu bekennen, sondern schütze fadenscheinige europarechtliche Argumente vor.

Der Verweis des Bundes auf europarechtliche Zwänge geht nach Auffassung Blanks bereits deshalb fehl, weil das in Deutschland praktizierte System der kommunalen Abfallwirtschaft seit Jahrzehnten Bestand habe, ohne dass es nachhaltig mit dem Recht der Europäischen Union in Konflikt geraten wäre. Letztlich sei der Versuch der Bundesregierung, die Wertstofffassung und -verwertung zu privatisieren, bloße Klientelpolitik zugunsten der

großen Entsorgungsunternehmen.

Neben dem Wertstoffbereich geht Blank in seiner Reaktion auf die Initiative Unterstellers auch auf die Gewerbeabfallentsorgung ein. Sollte die Abfallrechtsnovelle in ihrer aktuellen Entwurfsfassung Gesetz werden, würde nicht nur der Wertstoffbereich, sondern auch die Gewerbeabfallentsorgung weiter privatisiert. Dagegen sei bisher nur wenig Widerstand geleistet worden. Das Landesumweltministerium müsse aktiv werden, damit die Kommunen zumindest für die Entsorgung von Geschäftsmüll in vollem Umfang zuständig bleiben, so Blank. Dabei gehe es um den Abfall der Kleinerzeuger wie etwa Freiberufler oder Friseursalons. Es wäre unsinnig, wenn parallele Erfassungssysteme aufgebaut würden. Außerdem bestehe vor allen in den Städten die Gefahr, dass es zu einem regelrechten „Tonnenchaos“ komme. □

FDP widerspricht Unterstellers Position zur Wertstofftonne

Die Positionen des baden-württembergischen Umweltministers Franz Untersteller hinsichtlich einer starken Rolle der Kommunen bei der Entsorgung von Wertstoffen stoßen bei der FDP-Bundestagsfraktion auf Widerspruch. Es sei schlicht falsch zu behaupten, die Kommunen könnten künftig nur noch den kaum verwertbaren Abfall sammeln, während Privatunternehmen die wertvollen Stoffe entsorgen, heißt es in einer Erklärung Birgit Reinemunds,

der Vorsitzenden des Finanzausschusses und kommunalpolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion.

Die vorgesehene Ausschreibungspflicht gewährleiste vielmehr ein stärkeres Maß an Transparenz und somit für die Kommune eine Auswahlmöglichkeit, um das beste Angebot zu erhalten. An diesem Ausschreibungsverfahren könnten selbstverständlich auch kommunale Entsorger teilnehmen und sich dem Wettbewerb stellen. Reinemund bezeichnete den Vorstoß Unterstellers als unverantwortliche Panikmache, die Kommune und Bürger verunsichere. Ziel sei, mit Hilfe der Wertstofftonne alle recycelbaren Wertstoffe der Verwertung zuzuführen, nicht nur die Verpackungen aus dem Dualen System. Es verwundere sehr, dass sich ausgerechnet ein grüner Umweltminister gegen ein Mehr an Recycling ausspreche. □